

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, inkl. Post 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Bismarckstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 692, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-N., Bismarckstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Bismarckstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 26. Oktober 1928

Nummer 252

## Weitere Verschärfung in Hamburg

Immer mehr Arbeiter treten in den Streik / Polizei- und Faschistenterror gegen die Kämpfenden / Lügen- und Verleumdungskampagne / Streikbeschluss der Textilarbeiter im Rheinland / Streikbruchaktion der Sozialdemokraten

### Zumut im Genat

#### Das Verbot der Hamburger Volkszeitung

Hamburg, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Der Hafenbetrieb liegt fast still. Der Kampf hat sich ungeheuer verschärft. Das Schupoangebot ist verdoppelt, teilweise verdreifacht worden. Die Schupo befördert die Streikbrecher im Auto zu den Ausladeplätzen und holt sie auch wieder ab. Ferner geht die Schupo dazu über, Streikposten anzuhalten, um sie zur Arbeit zu zwingen. Diejenigen, die sich weigern, werden verhaftet, und es wird ihnen die Arbeitskarte des Hafenbetriebsvereins entzogen. Die Streikflugblätter wurden beschlagnahmt. Ein Teil der KPD-Genossen ist bereits verhaftet. Die Mitglieder des Reichsbanners haben von ihrer Zeitung Anweisung erhalten, gemeinsam mit der Polizei Patrouillenbesuche am Auto durchzuführen. Die Reichsbannerleute, die sich dazu weigern, tragen aber Zivilkleidung, haben auch nicht das Reichsbannerabzeichen angeheftet, sondern tragen zur Täuschung der Arbeiterklasse KPD-Abzeichen.

Doch trotz allem Terror der Polizei und der Sozialfaschisten breitet sich der Streik immer weiter aus. Die Gewerkschafter des größten Fahrbetriebs, Fühling u. Reimer, haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. In 6 Betrieben der „Verzinsten Schiffahrt“ haben die Belegschaften ebenfalls die Teilnahme am Streik beschlossen. Die Erbitterung gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Polizei gegen die Streikenden heizen und das Verbot der Hamburger Volkszeitung gefordert haben, ist unbeschreiblich.

#### Polizei befiehlt die Volkszeitung

Frivolos Vorgehen gegen Frauen und Kinder

Wahrscheinlich in die Streikenden

Hamburg, 26. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Erregung der Arbeiterklasse über das Verbot der Hamburger Volkszeitung ist äußerst stark. Gestern morgen gegen 5 Uhr wurde das Gebäude von einem großen Kommando Polizei besetzt.

Am Laufe des Nachmittags kam es in den umliegenden Straßenzügen des Hafens zu Reibereien mit der Schupo. Streikende hatten sich nach Schiffschluss in großen Massen am Hafen eingefunden. Die Streikbrecher wurden durch Autobusse aus dem Hafen hinaus unter Polizeibewachung in ihre Wohnbezirke gebracht. Nachdem die Polizei verschiedentlich in rigoroser Weise vorgegangen war, die Straßen und Plätze zu säubern, ging sie mit vorgehaltenen Pistolen gegen die Streikenden vor. Es fiel eine Anzahl Schüsse. Pöhlisch wurden auf Kommando die Streikenden von allen Seiten gepackt, und die Polizei schlug mit größter Brutalität auf Frauen, Kinder und Arbeiter ein.

### Schurkerei der SPD-Führer

„Hamburger Echo“ will Blutbad unter den Hafenarbeitern — SPD-Führer haben Verbot der Hamburger Volkszeitung durchgeheft

Eine neue Schurkerei der Hamburger SPD-Führer wird bekannt. Sie sind es gewesen, die in der Sitzung des Koalitionsrats vom 24. Oktober das Verbot der kommunistischen Hamburger Volkszeitung beantragt und durchgeheft haben. Ja, sie haben, bevor das Verbot ausgesprochen war, dafür im sozialdemokratischen Hamburger Echo offen Propaganda gemacht.

Dieses Blatt, das Lenin schon während des Krieges als das erbärmlichste sozialimperialistische Organ der 2. Internationale charakterisierte, unterstützt den Kommunismus, daß sie an die streikenden Hafenarbeiter „bereits Verhaftungsmittel“ zum Straßenkampf ausgeben:

... wie das Gelände auszunutzen sei, wie man Hinterhalte legt, um die Polizei zwischen zwei Feuer zu nehmen, wie Dachschützen zu positionieren sind.“

Das Blatt der Sozialdemokraten plant mit der Koalition dieser lächerlichen Lügen nicht mehr und nicht weniger, als ein Blutbad unter den Hafenarbeitern, das die durch solche Lügen und von den Koalitionsministern aufgedeckten Polizeibeamten anrichten sollen. Dann fährt die SPD-Zeitung fort:

... Einstweilen wird (von den Kommunisten D. Red.) nicht der Straßenkampf erstrebt, sondern ein Verbot der KPD und ihrer Presse ... Straßenschurkerei der Volkszeitung, damit ein Verbot erfolge.“

Eben hieß es noch, daß die Kommunisten „bereits Verhaftungsmittel“ zur Straßenschlacht ausgaben, jetzt wird plötzlich nicht der Straßenkampf erstrebt, sondern ein Verbot der KPD und ihrer Presse. Mit dieser Sudelei, die glauben machen möchte, daß die Kommunisten sich selbst ihrer stärksten agitatorischen Waffe, der Zeitung, und der legalen Arbeitstätigkeit

Ob durch die Schüsse Verletzungen verursacht worden sind, steht noch nicht fest. Eine Anzahl Personen hat jedoch blutige Verletzungen davongetragen. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Hamburg. Im Hamburger Kampf der Hafenarbeiter ist eine weitere Verschärfung erfolgt. Eine Anzahl von Bürgerlichkeitsmitgliedern ist wegen Verbreitung von Flugblättern verhaftet worden. Die kommunistische Partei hat Flugblätter an die Polizei herausgegeben, des Inhalts, daß es nicht zur Aufgabe der Polizei gehöre, sich gegen die Streikenden zu wenden. Die Flugblätter sind zum großen Teil den Polizisten ausgehändigt worden. Eine Verammlung bei Sagebiel war so überfüllt, daß man eine Parallelsammlung einberufen mußte, bei der sich wiederum der Saal, der dazu genommen wurde, als zu klein erwies. Tausende von Arbeitern sammelten sich auf der Straße, die nicht mehr Einlaß finden konnten. Die Polizei gibt Schreihüsse zur Zerstreuung der einlaßbegehrenden Demonstranten ab. Die Stimmung in der Versammlung war

glänzend. Alle Streikenden drachten zum Ausdruck, daß der Kampf fortgesetzt werden müsse und wandten sich mit aller Schärfe gegen die sozialdemokratische Polizei. Der Verkehrsband hat seine Funktionäre zusammenberufen, um den Streikbruch weiter zu organisieren. Sammler für die KPD wurden verhaftet. Die Sympathie der Bevölkerung ist höchlich auf Seiten der Streikenden.

#### Schandstreiche des Koalitionsrats

Die Staatliche Pressestelle teilt mit: „Die Hamburger Volkszeitung hat in den letzten Tagen in Wort und Bild unerschrocken die bewaffneten Kämpfenden nach dem Vorbild der Oktoberkämpfe von 1923 aufgeföhrt und damit die Grenzen der verfassungsmäßigen Pressefreiheit weit überschritten. Der Senat hat sich deshalb genötigt, in seiner heutigen Sitzung das Verbot der Hamburger Volkszeitung und etwaiger Verleumdungen auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung zu beschließen. Das Verhalten der Hamburger Volkszeitung ist im Zusammenhang mit den Gewaltthaten zu beurteilen, durch die zur Zeit Angehörige der kommunistischen Partei wilde Streikbewegungen im Hafen auszubringen versuchten. Der Senat hat die Polizeibehörde angewiesen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Ruhe im Hafen aufrecht zu erhalten und allen terroristischen Akten nachdrücklich entgegenzuwirken.“

## Durchbruchskämpfe!

Von Paul Meizer

Die Wirtschaftskämpfe verschärfen sich in verschiedenen Teilen Deutschlands. Die Lage an der Nordseeküste und in den rheinischen Textilgebieten zeigt klar, daß die Tätigkeit der revolutionären Opposition unter den Werftarbeitern, Hafenarbeitern, Seeleuten und Textilarbeitern immer mehr die Erkenntnis entwidelt, daß sie nur aus eigenem, durch Geschlossenheit und gut organisiertem Auftreten, in entscheidendem Kampf mit der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbureaokratie ihre Streikbewegungen zum Erfolg bringen können.

Unter der Führung der revolutionären Opposition gelang es in diesen Gebieten, die Front der Kämpfenden zu festigen, neue Arbeitergruppen in den Kampf einzubeziehen, die Massen gegen die sabotierende Gewerkschaftsbureaokratie einzustellen und ihrer von den Schlichtungsinstanzen, den Regierungs- und Polizeibehörden unterstützten Tätigkeit zur Abwägung der Bewegungen einen festen Damm entgegenzusetzen.

Nachdem sich bereits auf der Revierkonferenz der Wabener Bergarbeiter, als dort die Frage der Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches stand, eine starke Opposition gegen den Abbruch des Streikes ausgesprochen und ent-

schieden für die Weiterführung des Kampfes bis zur Durchsetzung der Forderungen eintrat, lehnten nunmehr auch die Betriebsräte des München-Glabacher Textilbezirks mit festem Einmütigkeit den schiedlichen Schiedsspruch für die rheinische Textilindustrie ab. Der Schiedsspruch, für den Reichsminister Willel, ebenso wie für alle anderen die volle Verantwortung trägt, bringt für mehr als 90 Prozent der Textilarbeiter keine wirkliche Besserung. Dagegen sollen die Textilarbeiter bis zum 31. April 1930 verpflichtet sein, für die jetzigen Hungerlöhne, die durch die fortgesetzten Preissteigerungen immer mehr in ihrer Kaufkraft herabgesetzt werden, zu arbeiten. Die Betriebsräte forderten deshalb die Weiterführung des Kampfes. Die Bureaokratie aber beantragte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches.

Die von der Absperrung bedrohten rheinischen Textilarbeiter fordern als Antwort auf die Kündigung Lohnneuhöhungen, die Bureaokratie des Textilarbeiterverbandes dagegen erklären, es sei das gute Recht der Unternehmer, zur Absperrung als Solidaritätsmaßnahme gegenüber den München-Glabacher Unternehmern zu greifen. Die Aufstellung von Lohnforderungen aber — das sei Tarifbruch!

Für die Textilarbeiter im Rheinland steht die Frage: entweder in noch tiefere Not geraten, die fortgesetzte Herabdrückung der Löhne zu dulden, oder geschlossen weiter zu kämpfen bis zur Durchsetzung der ausgesprochenen Forderungen von 15 Prozent. Die einzelnen Belegschaften werden sich in den nächsten Tagen allem Anschein nach für das Weiterkämpfen entscheiden. Um aber den Kampf selbst gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch zu führen, ist es notwendig, unerschrocken an die Bildung von betrieblichen Streikleitungen zu gehen, was bisher unterblieben ist. Diese Streikleitungen, in denen Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und auch solche, die noch keiner Organisation angehören, einmütig zusammenarbeiten, müssen die Bewegung fest in ihre Hände nehmen. Auch die von der Absperrung bedrohten Textilarbeiter im ganzen Reich müssen erkennen, daß die Lage ernst ist. Für sie gilt es jetzt — ob die Führer der Textilarbeiterverbände es wollen oder nicht, — dem Angriff der Unternehmer mit der Aufstellung eigener Forderungen entgegenzutreten und alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Kampfes zu treffen.

Die Front der Werftarbeiter steht fest. Der energischen Tätigkeit der revolutionären Opposition ist es, wie im rheinischen Textilgebiet, gelungen, die Massen der am Kampfe beteiligten unorganisierten Arbeiter fest zusammenzuschließen und Wege für die Sicherung ihrer materiellen Unterstützung zu erschließen. Es ist ein beachtenswerter Erfolg, daß sich trotz der unerhörtesten Sabotage durch die Führer des DAB heute bereits 7 bis 8000 am Streik beteiligte unorganisierte Arbeiter regelmäßig zur Kontrolle einfinden, sich an der Aktivierung der Bewegung, am Streikpostenstellen, an der Sammlung von Geld und Lebensmitteln beteiligen. Wir sind überzeugt, daß diese Tätigkeit der revolutionären Opposition, die gleichzeitig einbringlich unter den Unorganisierten für den Eintritt in die Gewerkschaften wirkt, den Erfolg haben wird, daß sich viele den freien Gewerkschaften anschließen und in Zukunft in den Reihen der revolutionären Opposition kämpfen werden.

Mit ungeheurer Wut reagierte die bürgerliche und sozialdemokratische Presse auf die Tatsache, daß es der revolutionären